



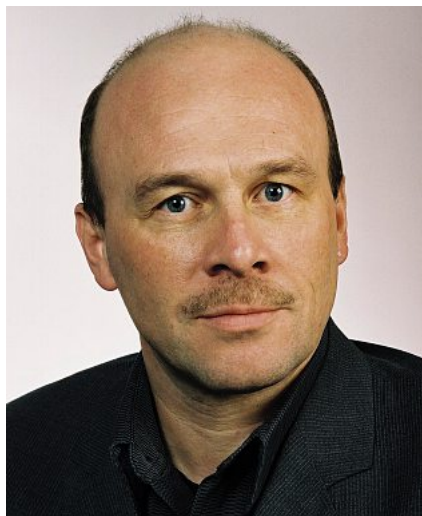
Na, dann schauen wir mal ...

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den zurückliegenden beiden Ausgaben der Deutschen Polizei beschäftigten wir uns intensiv mit den Landtagswahlen. Wir stellten den Themenbereich „Innere Sicherheit“ aus den Parteiprogrammen von CDU, FDP, SPD, Grünen und Linken dar, veröffentlichten unsere Schreiben mit Vorschlägen und Forderungen an die Spitzenkandidaten der Parteien sowie deren Antworten, gaben allen zwölf Landtagskandidaten, die Mitglieder oder Fördermitglieder der GdP sind, die Möglichkeit, sich und ihre Positionen darzustellen und machten eine klare Wahlaussage, nämlich „Wählen gehen!“. Von den zwölf angetretenen GdP-Mitgliedern haben Thomas Adasch, Johann-Heinrich Ahlers, Rudolf Götz, Horst Schiesgeries (alle CDU), Klaus-Peter Bachmann und Karsten Becker (beide SPD) jeweils mit Direktmandat ihren Wahlkreis gewonnen. Dazu haben wir ihnen mit einem Schreiben kurz nach der Wahl bereits herzlich gratuliert und tun dies hier nochmals. Es ist wichtig, Fürsprecher im Parlament zu haben, wenn es um die Unterstützung unserer Beschlusslagen geht. Für die sechs Kollegen, die den Einzug nicht geschafft haben, tut es uns leid, wir hoffen, dass wir in Verbindung bleiben.

Einen möchte ich besonders herausheben, Heiner Bartling, seit 1984 für die SPD im Landtag, 1998 bis 2003 bei den Kolleginnen und Kollegen beliebter Innenminister und danach mehrere Jahre innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, verpasste ein erneutes Landtagsmandat in seinem Wahlkreis Hameln/Rinteln knapp mit 271 fehlenden Stimmen. Für die guten Diskussionen und sein Engagement für die Polizei sowie seine jederzeitige Gesprächsbereitschaft sagen wir als GdP herzlichen Dank und wünschen ihm alles Gute.

Im Gegensatz dazu hatten wir die letzten Jahre mit dem ehemaligen Abgeordneten Schünemann einen Innenminister, der mit Kritik nicht richtig umgehen konnte und dauerhaft der GdP, zeitweise auch anderen gegenüber, an Sprachlosigkeit litt. Die Analyse der Wahl hat auch ergeben, dass eine übergroße Anzahl von Beamten/-innen nicht mehr die CDU gewählt haben, ich denke, da waren auch etliche Polizisten/-innen dabei, die mit seinem Agieren in bestimmten Angelegenheiten



Dietmar Schilff

Foto: GdP

nicht einverstanden waren (z. B. inhaltbare Vorwürfe gegenüber Ermittler im Fall Lena, Umgang mit den Beschäftigten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes, der Hubschrauberstaffel und der Wasserschutzpolizei, Abschaffung der 1:1-Vergütung von Bereitschaftsdiensten, A-11-Erlass). Herr Schünemann hat in seinem Wahlkreis Holzminden kein Direktmandat erhalten und ist mit Platz 5 auch nicht über die CDU-Landesliste in den Landtag eingezogen. Derzeit ist Herr Schünemann erst einmal Geschichte. Die Themen allerdings bleiben.

Nunmehr haben wir seit dem 19. 2. 2013 eine neue rot-grüne Landesregierung, mit Stephan Weil einen neuen Ministerpräsidenten und mit Boris Pistorius einen neuen Innenminister.

Ein neuer Stil des Umgangs ließ sich schon vor der Wahl, während der Koalitionsverhandlungen sowie seit der Amtsübernahme von Herrn Pistorius feststellen, wir waren und sind in stetem Kontakt. In dieser Ausgabe gibt er ein erstes Interview.

Als GdP nehmen wir die SPD mit ihrem Slogan zur Landtagswahl „Anpacken, besser machen!“ beim Wort.

Und auch im Wahlprogramm der Grünen steht: „Niedersachsen braucht einen neuen Politikstil, der Lösungen im Dialog entwickelt und neue Beteiligungsformen erprobt.“ Im Abschnitt **Innenpolitik und**

Recht werden als grüne Ziele u. a. die „Achtung der Privatsphäre ...“ genannt. Die Grünen haben aber auch vor der Wahl eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht in geschlossenen Einsätzen gefordert, die die SPD bisher abgelehnt hat.

Nun ist jedem politisch Interessierten klar, dass bei Koalitionsverhandlungen, gerade bei konträren Positionen, Kompromisse gefunden werden müssen. Und uns als GdP ist auch bewusst, dass wir nicht bei jedem Detail gefragt werden, denn die Wähler haben den Parteien einen Regierungsauftrag gegeben. Und sicherlich wird auch nicht alles und auch nicht alles, was wir im Sinne der Kollegenschaft gefordert haben, sofort umsetzbar sein. Wir bleiben aber natürlich unserer Linie und unserer Forderungen treu und wenn notwendig, äußern wir Kritik weiterhin öffentlich, das haben wir auch schon jüngst deutlich gemacht.

Schauen wir uns den Koalitionsvertrag etwas näher an:

Es sind u. a. Aussagen zu Verfassungsschutz, Datenschutz, Versammlungsrecht, Kampf gegen Rechtsextremismus und Polizeigesetz getätigt, die erst nach genauerer Betrachtung bewertet werden können. Eine umfassendere Bewertung befindet sich schon seit dem 14. 2. auf der GdP-Internetseite. Einige Punkte, die die Polizei unmittelbar betreffen, werden nachfolgend eingehender betrachtet:

S. 16:

Die Koalition will sich für die Fortentwicklung der Polizei zu einer modernen Bürgerpolizei einsetzen. Dazu gehören auch, die Entwicklungs- und Aufstiegschancen im Polizeidienst gerechter zu gestalten.

S. 17:

Es soll eine Beschwerdestelle geschaffen werden, die in Konfliktfällen als Ansprechpartner für Bürger/-innen und Polizeibeamte/-innen zuständig ist. Eine individualisierte, anonymisierte Kennzeichnung der Polizei bei geschlossenen Einsätzen wird angestrebt. Dazu sollen Gespräche mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen aufgenommen werden.

S. 18:

– Es wird ein Polizeientsendegesetz für Auslandseinsätze geschaffen und der

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Landtag wird zukünftig über die Entscheidung von Kollegen/-innen zu diesen Einsätzen entscheiden.

– Ausscheidende Beamte/-innen werden rechtzeitig durch Nachwuchskräfte ersetzt.

– Die Attraktivität der Polizei soll durch Personalentwicklung, Frauenförderung, Gesundheitsmanagement, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie durch mehr Aufstiegschancen im Rahmen der zweigeteilten Laufbahn verbessert werden.

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe **4/2013 bis zum 22. Februar 2013** und für die Ausgabe **5/2013 bis zum 28. März 2013**.

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Niedersachsen

Geschäftsstelle:

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp-online.de

Redaktion:

Hinrich Heidemann
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur
des Landesjournals)
Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0
Telefax (05 11) 5 30 37-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp-online.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83,
Fax 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6454

– Die Restriktionen des A-11-Erlasses werden beseitigt und die Stellenstruktur soll verändert werden, um eine gerechtere Personalwirtschaft zu ermöglichen.

– Das Dienstrecht soll optimiert werden und die Mitbestimmung wird durch ein modernes Personalvertretungsrecht gestärkt.

Nach dem Lesen des Vertrages stellt die GdP überwiegend gute Ansätze fest, viele Übereinstimmungen mit unseren an die Parteien übersandten Positionen und vielversprechende Überschneidungen. Manche Punkte sind nicht dezidiert benannt, so z. B. Stärkung des Tarif- und Verwaltungsbereiches, Abkehr von Privatisierung, eine genaue Benennung von Stellenhebungen von A 9 nach A 10 und nach A 11, Anrechnung von Bereitschaftszeiten. Hier bedarf es jetzt der Konkretisierung von getätigten Wahlaussagen. Und wir werden weiterhin alles versuchen, um insbesondere die Kennzeichnungspflicht abzuwenden. Wir bleiben bei unseren Positionen, die von der weit überwiegenden Anzahl der Polizeibeschäftigten mitgetragen werden. Begrüßt wird auch der im Koalitionsvertrag durchweg festzustellende Wille nach mehr Beteiligung.

Es gibt darüber hinaus viele Baustellen, die die alte Landesregierung nicht beseitigt oder selbst eingerichtet hat, und die dringend abgebaut oder zumindest angegangen werden müssen.

Auch die Themen Aufgabenwahrnehmung und Organisation der Polizei müssen ehrlich diskutiert werden. Hierzu hat die GdP in der Vergangenheit bereits Verbesserungsvorschläge erarbeitet, die wir mit der neuen Landesregierung besprechen werden.

Interessant ist in dem Zusammenhang die versuchte Einflussnahme auf die Koalitionsverhandlungen durch die jüngste öffentliche Kritik an der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung von S und K. Natürlich kann man wie in allen Sachfragen unterschiedlicher Auffassung sein.

In der GdP sind tausende „Ermittler/-innen“ organisiert. Ihre Interessen werden permanent durch den „GdP-Fachausschuss Kriminalpolizei“ sowie durch andere Fachgremien bearbeitet und der Landesvorstand in ihrem Sinn beraten.

Wir bleiben unseren Beschlusslagen treu, solange ein Delegiertentag sie nicht verändert:

- Gemeinsame Ausbildung
- Integrierte Kriminalitätsbekämpfung
- Bessere Fortbildungsangebote
- Bedarfsgerechte Spezialisierung
- Verbesserung der technischen Möglichkeiten

– Bessere Bewertung aller Sachbearbeiter/-innen bei S und K

Diese Positionen der GdP basieren auf in demokratischen Prozessen erarbeiteten Beschlusslagen und sind keine Meinung einzelner Funktionäre.

Vor diesem Hintergrund ist es auch nicht nachvollziehbar, warum die Frage der Aufgabenwahrnehmung mit persönlichen Angriffen gegenüber Funktionsträgern der GdP sowie gewählten Personalratsvertretern verquickt wird. Ihnen ist in öffentlichen Foren unter dem Schutz anonymer Pseudonyme vorgeworfen worden, sich nur zu engagieren, um sich einen persönlichen Vorteil zu verschaffen. **Dagegen verwehre ich mich im Namen der GdP ausdrücklich und finde dieses Vorgehen mehr als befremdlich.**

Zudem ist es beschämend, wenn man in einem Internetforum lesen muss: „*Als ‚Fachidiot‘ jetzt ohne Perspektive (AG Fachkarrieren wurde soeben 1. Klasse bedingt, lasse ich mich jetzt wieder zum ‚Generaldilletanten‘ umformen und gehe in den ESD. Dort gibt es Schichtdienstsonderurlaub, Schichtzulage und ich habe keinen Vorgangsdruk.*“ Wer so etwas schreibt, dem geht es nicht um die Polizei und es fehlt ihm offensichtlich an Respekt gegenüber den eigenen Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hatte im letzten Leitartikel geschrieben, dass es nicht leicht werden wird, alles durchzusetzen oder zu verhindern. Aber das ist und bleibt die Aufgabe von Gewerkschaften, in dieser Hinsicht alles zu versuchen, egal, welche Regierungskonstellation Verantwortung trägt.

Es gibt auch in Zukunft viel zu tun, helft weiterhin dabei mit,

Dietmar Schilff, Landesvorsitzender



URTEIL

Urlaubsabgeltungsanspruch auch für Beamte

Hannover. Beamte haben nach den Maßgaben der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) einen Anspruch auf Abgeltung des unionsrechtlich gewährleisteten Mindesturlaubs, den sie krankheitsbedingt bis zum Eintritt in den Ruhestand nicht mehr nehmen konnten. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig heute entschieden und zugleich die Voraussetzungen und Rechtsfolgen dieses Anspruchs konkretisiert (BVerwG 2 C 10.12 – Urteil vom 31. Januar 2013).

Das Bundesverwaltungsgericht geht im Anschluss an die Rechtsprechung des EuGH von einem Urlaubsabgeltungsanspruch wegen krankheitsbedingt nicht genommenen Erholungsurlaubs aus. Dieser Anspruch ergibt sich aus der sogenannten

Arbeitszeitrichtlinie (Art. 7 Abs. 2 der Richtlinie 2003/88/EG).

Er ist allerdings beschränkt auf den nach Art. 7 Abs. 1 dieser Richtlinie gewährleisteten Mindesturlaub von vier Wochen pro Jahr, erfasst also weder einen über 20 Tage im Jahr hinaus reichenden Erholungsurlaub noch Arbeitszeitverkürzungstage oder einen Schwerbehindertenzusatzurlaub nach § 125 SGB IX. Soweit ein Beamter diesen Mindesturlaub wegen Krankheit und anschließenden Ausscheidens aus dem aktiven Dienst nicht nehmen kann, hat er einen Anspruch auf Urlaubsabgeltung, also auf eine finanzielle Vergütung für den nicht genommenen Urlaub.

Allerdings ist der Mindesturlaubsanspruch auch dann erfüllt, wenn der Beamte im fraglichen Jahr zwar seinen ihm für dieses Jahr zustehenden Urlaub nicht hat nehmen können, wohl aber „alten“, nämlich aus dem Vorjahr übertragenen Urlaub.

Für das Jahr, in dem der Beamte aus dem aktiven Dienst ausscheidet, stehen

ihm der Mindesturlaubsanspruch und der hieran anknüpfende Urlaubsabgeltungsanspruch anteilig für die Zeit bis zum Ausscheiden zu.

Urlaubsansprüche aus vorangegangenen Jahren sind nur abzugelten, wenn sie nicht verfallen sind. Ein solcher Verfall tritt jedenfalls 18 Monate nach dem Ende des Urlaubsjahres ein.

Die Höhe der Abgeltung bemisst sich nach dem Durchschnitt der Besoldung der letzten drei Monate vor Eintritt in den Ruhestand, umgerechnet auf die Zahl der nicht genommenen Urlaubstage.

Der beschriebene Urlaubsabgeltungsanspruch unterliegt keinem Antragsfordernis und verjährt in der regelmäßigen Verjährungsfrist von drei Jahren, beginnend mit dem Ende des Jahres, in dem der Beamte in den Ruhestand tritt.

Der Kläger, ein Polizeibeamter, ist Mitte 2008 wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand getreten, nachdem er zuvor ca. ein Jahr lang dienstunfähig erkrankt war. **JH**

Anzeige

Unterbringung in
Doppelzimmer p. P. ab

€ 2.110,-

RUNDREISE SÜDINDIEN

GdP-Termin 11.11. bis 22.11.2013 / 11-tägige Rundreise ab / bis Hamburg mit Möglichkeit einer Badeverlängerung

Der idyllische Süden Indiens lockt mit dichtem Dschungel, dünnen Ebenen und kilometerlangen Sandstränden, an denen Besucher von der Sonne verwöhnt werden. Südindien gilt auch als „echtes Indien“, da sich hier die eigene Kultur ohne Einwirkung von außen über Jahrhunderte frei entfalten konnte. Es gibt viel im faszinierenden Indien zu entdecken... begleiten Sie uns.

Leistungen die überzeugen:

- Emirates Linienflüge von Hamburg über Dubai nach Chennai und zurück von Cochin in der Economy Class
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- Ausreisesteuer Indien
- aktueller Kerosinzuschlag (Stand 07/2012)
- Transfers, Ausflüge und Besichtigungen in klimatisierten, bequemen, landestypischen Reisebussen
- 10 Hotelübernachtungen in Zimmern mit Bad oder Dusche/WC
- 10 x Frühstück, 10 x Abendessen
- GdP-Reisebegleitung

Ihr Gebeco Mehr-Wert:

- Exklusive Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- Zug-zum-Flug (2. Klasse)
- Imposante Tempelstädte Chidambaram, Kumbakonam & Darasuram
- Interessante Stadtrundfahrt in Chennai & Cochin
- Heilige Stadt Kanchipuram
- „Französische Stadt“ Pondicherry
- Faszinierender Brihadeswara Tempel in Tanjore
- Eindrucksvoller Tempelkomplex Srirangam in Trichy
- Unvergessliche Abendzeremonie im Sri-Meenakshi Tempel
- Erlebnisreicher Elefantenritt in den Cardamom-Bergen
- Vorführung des Kathakali-Maskentanzes in Cochin
- Eintrittsgelder
- Reiseliteratur
- Gebeco-Reiseinformationen

GdP-Mitgliederservice
GmbH NIEDERSACHSEN

Weitere Informationen und Anmeldungen

GdP-Touristik
Berckhusenstr. 133 a
30625 Hannover

Tel. 05 11 - 53 03 810
Fax 05 11 - 53 03 850

service@gdp-service.de

www.gdp-service.de

Preis pro Person:

im Doppelzimmer	2.110,- Euro
+ Einzelzimmerzuschlag	520,- Euro
+ Badeverlängerung*	540,- Euro

* inkl. Badeverlängerung bis 26.11.2013 (fakultativ) pro Person im Doppelzimmer

Hinweis: Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: 16 Personen / Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Hinweise der Gebeco. Diese finden Sie auch unter www.Gebeco.de.



Kooperative Leitstellen gehen in den Betrieb

Am 16. 1. 2008 formulierte das Niedersächsische Innenministerium einen zweigeteilten Landesarbeitsgruppenauftrag zur Neuordnung der Leitstellenstruktur der niedersächsischen Gefahrenabwehrbehörden. Zielvorgabe war die Neuordnung der Leitstellenstruktur, einhergehend mit der Reduzierung der zu diesem Zeitpunkt vorhandenen 28 auf acht polizeiliche Leitstellen.

Mit diesem Erlass verabschiedete sich die niedersächsische Polizei von der dezentralen Struktur ihrer Leitstellen. Leitstellen, die insbesondere davon geprägt waren, die Besonderheiten lokaler Strukturen zu bedienen und eigenverantwortlich auf Ebene der örtlichen PI zu agieren. Mit der Investition in eine neue, innovative Leitstellentechnik und der Einführung des Digitalfunks soll der neue Leitstellentypus ebenso als Dienstleister für die angeschlossenen Pien agieren und überdies ein professionelles Einsatzmanagement anbieten. Insbesondere durch die Verzahnung mit den kommunalen Einrichtungen der Feuerwehr und des Rettungsdienstes soll durch die gemeinsame Nutzung der Leitstellen und der Leitstellentechnik Kosten eingespart werden.

Bereits 2008 nahm die Kooperative Leitstelle Hameln ihren Dienst auf, 2012 folgten die Kooperativen Leitstellen in Oldenburg und Osnabrück. Während in der PD Osnabrück zukünftig zwei Leitstellen (Kooperative Leitstelle Ostfriesland mit zukünftigem Sitz in Wittmund) das Leitstellenmanagement der angeschlossenen Polizeiinspektionen übernehmen, wird die PD Oldenburg von nur einer Großleitstelle betreut. In Planung sind kooperative Leitstellen in Lüneburg, in Göttingen und in Braunschweig. Eine mögliche Kooperation könnte sich auch in der Landeshauptstadt ergeben.

Mit der Inbetriebnahme der Leitstellen in OL und OS fand erstmals ein zentrales Einsatzmanagement für mehrere angeschlossene Polizeiinspektionen von einem zentralen Standort statt. Am Beispiel der jüngst in Betrieb gegangenen Leitstellen in OL und OS erklärt sich die Größenordnung der Aufgabenbewältigung am Beispiel der Notrufe als Folge der Zentralisierung auf die Leitstellenstandorte:

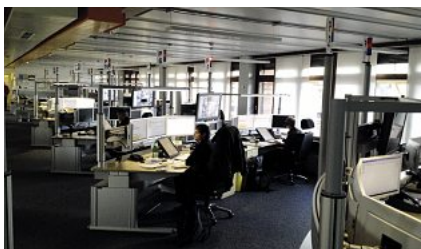


Foto: Martin Rother

LS OL: sieben Pien im Leitstellenbereich, ca. 1 715 000 Mitbürger, ca. 1000 Notrufe am Tag.

LS OS: zwei Pien im Leitstellenbereich, ca. 1 446 000 Mitbürger, ca. 950 Notrufe am Tag.

Allein die Bewältigung der Notrufanfragen stellt eine große Herausforderung an das Personal der Leitstelle, das darüber hinaus für die Einsatzkoordination, Einsatzdokumentation, EDV-Abfragen etc. bis hin zum Aufbau erster BAO-Strukturen zuständig ist.

Während in OL ein/e LBvD (A 12), ein/e Einsatzführer/-innen (A 11) und elf Einsatzleitbeamten/-innen im Mittel pro Schicht vorgeplant sind, sind es in OS ein/e LBvD, und sieben Einsatzleitbeamten/-innen. Vier Einsatzführer/-innen sind hier zurzeit insgesamt vorgesehen. Ergänzt werden beide Schichtteams durch EDV-Kräfte. Die vorgesehene Personaldecke erwies sich schon nach kurzer Zeit als zu dünn. Aufgrund der durch die Zentralisierung enorm angestiegenen Aufgabendichte und den noch fehlenden Arbeitsautomatismen im Zusammenhang mit dem neuen Einsatzleitsystem, stieg die häufig stressbedingte Ausfallquote unserer Kolleginnen und Kollegen drastisch an. In beiden Leitstellen soll nun durch entsprechenden Personalnachersatz nachgebessert werden, was sich aber vor Ort übereinstimmend an beiden Leitstellenstandorten nicht einfach gestaltet. Einsatz erfahrene Kolleginnen und Kollegen aus den ESDN bewerben sich auf entsprechende Ausschreibungen sehr selten. Mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten in Verbindung mit dem **starren DP-Konzept A 11** machen einen Wechsel vom Streifenwagen und damit direkt vom Einsatzort in eine abgesetzte Leitzentrale für viele unattraktiv. Apropos DP A 11. Die jetzt mit A 11 hinterlegte Position des/der Einsatzführer/-in war im Dienstpostenkonzept A 11 überhaupt nicht vorgesehen. Da der LBvD neben seinen/ihren umfangreichen Tätigkeiten in der AAO auch jederzeit Erstmaßnahmen

im Bereich der BAO zu koordinieren hat, ist ein/e Vertreter/-in aber unverzichtbar. Mit Planungsbeginn waren diese Stellen nicht vorhanden. Auch auf eine Nachfrage der GdP im Zusammenhang mit zusätzlichen A-12er-Stellen für die neu eingerichteten LBvD-Stellen kam am 22. 4. 2009 die Antwort aus dem MI: „Die Bereitstellung von zusätzlichen Stellen, insbesondere der Besoldungsgruppe A 12 für die Regionalleitstellen ist nicht beabsichtigt. Die Behörden müssen die Dienstpostenbewertungen selbst erwirtschaften.“ Diese Regelung galt dann auch für die zu besetzenden Einsatzführer/-innen. Das hatte zur Folge, dass anerkannte Planstellen A 12 im Bereich des Stabes und der Inspektionen ihre Bewertungen verloren und Richtung Leitstellen transferiert wurden. Bei den A-11er-Stellen wurde ähnlich verfahren. Statt wie von der GdP gefordert, die Neubewertungen innerhalb der Leitstellen mit einem entsprechenden Hebungsprogramm zu hinterlegen, schob man die Verantwortung in die Behörden und damit in die Inspektionen. Der viel zu enge Korridor von Beförderungsmöglichkeiten nach A 11 und A 12 wurde durch dieses Verfahren zusätzlich belastet. Für die erfolgreiche Zukunft der Kooperativen Leitstellen ist der Begriff Kontinuität des Personalbestandes von zentraler Bedeutung. Hier gilt, was mittlerweile für die gesamte Landespolizei von Relevanz ist: Durch eine deutliche Aufstockung der Planstellenkontingente können Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden, die die Attraktivität von Arbeitsplätzen erhöhen und damit einen Anreiz zum Verbleib in den jeweiligen Organisationseinheiten schaffen. Eine Forderung, die einer dringenden Klärung bedarf. Es stellen sich aber weitere Fragen, z. B.:

Leitstellenverbund/Redundanzen

Die angestrebte Vernetzung der Leitstellen zu einem Leitstellenverbund hat bisher noch nicht stattgefunden. Damit steht und fällt auch das landesweite Redundanzkonzept. In den Polizeidirektionen OL und OS hat man eigene Lösungen gefunden. Diese „Insellösungen“ ersetzen aber nicht das geforderte Landeskonzept und belasten das Budget der örtlich betroffenen Dienststellen.

Nutzereigenes Management

Eine funktionierende Kommunikation im Digitalfunk setzt eine professionelle



LEITSTELLEN

Verwaltung der den Nutzern zur Verfügung stehenden Rufgruppen voraus. Bisher ist nicht abschließend geklärt, ob das nutzeigene Management nur zentral vom ASDN (aktuelle Variante) oder auch dezentral in den örtlichen Leitstellen vorgenommen werden soll. Die ursprüngliche Zielrichtung war eine ebenso dezentrale Wahrnehmung. Eine Ausrichtung, die sich auch mit der Auffassung der Fachleute vor Ort deckt.

Lehrleitstelle

Um dem geschilderten Aufgabenspektrum gerecht zu werden, ist Vorsorge für eine professionelle Aus- und Fortbildung zu treffen. Entsprechende Vorschläge, dieses Projekt zusammen mit der Feuerwehr zu installieren, liegen bereits auf dem Tisch. Eine zeitnahe Umsetzung würde die Dienststellen von aufwändigen internen Beschulungsprogrammen entlasten.

Personalberechnungen

Die tatsächlichen Belastungsspitzen der im Betrieb befindlichen Leitstellen müssen Grundlage der Personalberechnungen sein. Erhoffte Synergien, die neben Einsparungen im Bereich der Technik auch den Personalhaushalt betrafen, dürfen nicht den durch die Zentralisierung deutlich gesteigerten Aufgabenzu-

wachs ausblenden. Wenn man sich für diese Variante entscheidet, dann muss man bereit sein, entsprechendes Personal zur Verfügung zu stellen.

Im Laufe des weiteren Betriebes und Ausbaus der Leitstellen werden sich noch weitere Fragen stellen, die zu beantworten sind. Die praktische Umsetzung in den genannten Leitstellen hat dank der engagierten Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen des Vollzuges, der Technik und nicht zuletzt der Haushälter geklappt. Es ist aber noch zu früh, die Auswirkungen der Zentralisierung unserer Leitstellen auf das Einsatzmanagement zu bewerten. Hier gilt es, die Entwicklung abzuwarten.

Positionsbestimmung im Digitalfunk

Mit den Auswirkungen des Digitalfunks auf die Möglichkeit der Positionsbestimmung beschäftigt sich eine Dienstvereinbarung des MI mit dem PPHR. Eckpunkte dieser Dienstvereinbarung und damit auch Grundlage unserer Zustimmung ist die Zweckbindung der Daten.

Unserer Auffassung, dass Positionsdaten ausschließlich für die Ziele des Einsatzmanagements zu erheben sind, wurde gefolgt. Zur personenbezogenen Leistungs- und Verhaltenskontrolle dürfen sie nicht eingesetzt werden. Da im laufen-

den Betrieb die übertragenen Positionsdaten überschrieben werden, ist eine retrograde Feststellung von Fahrweg und Standort im Normalfall nicht möglich. Nur in besonderen Einsatzsituationen werden Standortinformationen in Form eines Bewegungsbildes aufgezeichnet. Die Anordnung erfolgt ausschließlich über die zuständige Leitstelle, ist zu protokollieren und den betroffenen Beschäftigten, in Form einer Kurzmitteilung zu übermitteln. Gespeicherte Daten dürfen nur aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen zur Verfügung gestellt werden, die örtlich zuständigen Personalvertreter sind zu beteiligen.

Ein anderer Begriff, der im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Technik die Runde macht, ist das „Ambience Listening“. Das „Unbemerkt Mitgehören“ ist ein Leistungsmerkmal des Digitalfunks aber nach Auskunft der ASDN technisch zurzeit nicht umsetzbar. Dieses Instrument kann lediglich im Zusammenhang mit der Notruftaste (hier geht die Aktivität von den eingesetzten Kollegen aus) gesehen werden und darf daher nur im äußersten Notfall zum Schutz von Leib und Leben unserer Kolleginnen und Kollegen in einem akuten Bedrohungsfall eingesetzt werden. Nur diese ausschließliche Zweckbestimmung wird unsere Unterstützung finden.

Klaus Dierker

Kommentar: Gescheitert!

Ralf Hermes

Foto: Andreas Stahl

Im Jahre 2005 lieferten sich GdP und Innenminister Schünemann einen Wettstreit der Meinungen. Er sprach damals von „Bunten Leitstellen“, mit der Philosophie, große, zentral zusammengefasste Einheiten zu schaffen. Wir warben als GdP für dezentrale und kleine Lösungen in Hoheit und Grenzen der Polizeieinspektionen mit deutlicher Verbesserung der Technik vor Ort. Die Argumente der GdP, ein Dringlichkeitsbeschluss unseres Landesdelegiertentages und ein sehr eindeutiges Praxisvotum einer landesweiten GdP-Leitstellen-/ESD-Befragung

blieben unberücksichtigt. Im Jahre 2013 arbeitet eine deutliche Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen im Land immer noch in der schon 2005 veralteten Leitstellenstruktur ohne professionelle Einsatzleittechnik. Die Praxisbewährung der KGO Oldenburg und der Leitstelle Osnabrück stehen noch aus. Die Kinderkrankheiten aber zeigen, dass die Warnungen der GdP von 2005 ihre Berechtigung haben. Die Kosten- und Personalbedarfsexplosion führt die damaligen Wirtschaftlichkeitsberechnungen ad absurdum. Das 2005 zentral und einheitlich geplante Bild zeigt sich heute als Flickenteppich.

Leittragende im Lande sind die betroffenen Kolleginnen und Kollegen, die in den Leitstellen improvisieren, so gut wie sie nur können. Teilweise dienstverpflichtet, einige frustriert und abgeparkt, andere mit hohem Engagement und Idealismus. Bisher war eine kritische Analyse und Bewertung auf dienstlicher Ebene eher unerwünscht. Der Regierungswechsel bietet nun die Chance auf eine unbefangene Sachstandsanalyse.

Ein Weg zurück auf das dezentrale GdP-Konzept von 2005 ist zumindest für Osnabrück und Oldenburg wegen der enormen finanziellen Investitionen ausgeschlossen. Die anderen PDen hätten die Möglichkeit, ihre Planungen kritisch zu überdenken.

Zumindest eine Lehre aber sollten alle aus dem Leitstellendesaster ziehen: Die Basis – mit Gewerkschaft und Personalvertretung als Sprachrohr – und die Polizeiführung sollten miteinander reden, streiten, argumentieren. Die Schünemann'sche Sprachlosigkeit hat hoffentlich endgültig ein Ende – ein offener, kritischer Dialog kann beginnen. Die Entscheidungen werden so vielleicht nicht einfacher. Die Wahrscheinlichkeit aber, dass die Ergebnisse mit einer kooperativen Streitkultur besser werden, sollte alle Mühen wert sein.

Ralf Hermes
Leiter der GdP-Landesarbeitsgruppe
Leitstelle in 2005/2006,
Vorsitzender KG Hameln-Pyrmont



„Ich stehe für den Dialog und einen fairen Umgang miteinander“

Der neue Innenminister Boris Pistorius sprach kurz nach seiner Ernennung mit der GdP.

GdP: Herzlichen Glückwunsch zur Ernennung, Herr Innenminister Pistorius. Wie fühlt sich das denn an, nach so langer Abstinenz nun als Hausherr ins Innenministerium zurückzukehren?

BP: Ich erinnere mich gerne an die Zeit vor 15 Jahren und freue mich auf meine Rückkehr unter diesen ganz besonderen Umständen. Wie damals mit „Glogo“ wird es auch heute darum gehen, die spürbare Aufbruchstimmung zu nutzen.

Nach zehn Jahren Schwarz-Gelb gibt es Vieles, was wir jetzt wieder ändern können und auch ändern müssen. Ich bin hoffnungsfroh und sehr zuversichtlich, dass ich mit einem guten Team nach und nach wieder einiges verbessern werde.

GdP: Was macht der neue Innenminister außerhalb seiner politischen Arbeit?

BP: Die wenige verbleibende Zeit nutze ich, um abzuschalten und zu entspannen. Ich verbringe sie mit der Familie und Freunden außerhalb der Politik. Mit Sport, Lesen und Kochen. Und natürlich bei den Heimspielen des VfL Osnabrück.

GdP: Der rot-grüne Koalitionsvertrag ist beschlossen. Sind Sie zufrieden?

BP: Ja. Natürlich ist es in der Politik so, dass man Kompromisse schließen muss, wenn man nicht alleine regieren kann. Insofern gibt es strittige Punkte, wie z. B. die Kennzeichnung der Polizeibeamten, die unser Koalitionspartner fordert. Aber ich werde hier auf jeden Fall mit den Gewerkschaften das Gespräch suchen, bevor etwas beschlossen wird. Daneben haben wir aber schon jetzt etliche Verbesserungen für die Polizei beschlossen. Und ich will wieder eine Bürgerpolizei, wie es bis 2003 normal war.

GdP: Die GdP hat Ihnen das Attraktivitätsprogramm übersandt. Darin sind Polizeiprobleme auf den Punkt gebracht. Wir sind sicher, dass die dort dargestellten Vorschläge die Polizei sowie die innere Sicherheit verbessern. War es mit Grundlage bei den Koalitionsverhandlungen und werden Sie es weiterhin als Ratgeber nutzen?

BP: Das GdP-Attraktivitätsprogramm beinhaltet viele gute Vorschläge – schließlich kommt es ja von den Beschäf-

tigten selbst. Bei den Verhandlungen drehte es sich auch um dort enthaltene Punkte, wie z. B. die gerechte Bewertung polizeilicher Arbeit durch Modifizierung



Boris Pistorius und Dietmar Schilff Foto: CH

des A-11-Konzeptes, zusätzliche A-10-Beförderungen und anderes. Ich kenne die Inhalte und werde in meiner weiteren Arbeit immer wieder darauf zurückgreifen. Neben guten Papieren sind mir vor allem Gespräche mit den Beteiligten wichtig.

GdP: Es besteht enormer Handlungsbedarf bei der Polizei. Vieles wurde von der alten Landesregierung und insbesondere von Innenminister Schünemann nicht angegangen. Etliche Maßnahmen kosten Geld, sind aber notwendig, wie z. B. Stellenhebungen, Tariferhöhungen, Bauerhaltungsmaßnahmen etc.. Es gibt aber auch Dinge, die kein Geld kosten, z. B. bessere und dauernde Beteiligung von Personalvertretungen, Verbesserung der Stimmungslage usw. Wie werden Sie die Dinge angehen?

BP: Klar ist, dass wir das Personalvertretungsgesetz modernisieren werden. Ziel ist, die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu stärken.

Ich werde so schnell es geht viele Dienststellen besuchen, um mit den Kol-

legeninnen und Kollegen vor Ort zu sprechen und vor allem zuzuhören. Ich stehe für den Dialog und einen fairen Umgang miteinander.

Auch um die anderen Punkte, die notwendig sind, die aber viel Geld kosten, müssen wir uns kümmern. Dies wird aber nicht sofort gehen. Wir können die Versäumnisse von zehn Jahren nicht in ein paar Monaten aufholen.

GdP: Die GdP freut sich, wieder einen Innenminister zu haben, der sich nicht wie Herr Schünemann durch Sprachlosigkeit gegenüber der weitaus größten Interessenvertretung in der Polizei selbst disqualifiziert hat. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg und bieten unsere konstruktive Zusammenarbeit an.

BP: Ich habe das schon bei meiner Vorstellung als Ministerkandidat durch Stephan Weil im Oktober letzten Jahres gesagt: ich setze ganz klar auf den Dialog mit den Personalvertretungen und selbstverständlich auch mit der GdP.

Ganz wichtig ist für mich der gegenseitige Respekt, genauso wie die Fähigkeit und Bereitschaft zuzuhören und Beratung anzunehmen. Wer den fairen Austausch mit mir will, wird ihn immer bekommen. Ich freue mich auf konstruktive und gerne – wenn nötig – auch kritische Gespräche mit der GdP. Es liegt in der Natur der Sache und leider auch an den finanziellen Möglichkeiten, dass es nicht immer und sofort eine Einigung im Sinne der Forderungen der GdP geben wird. Entscheidend wird jedoch sein, wie respektvoll und offen wir dabei miteinander umgehen.

GdP: Vielen Dank für dieses erste Interview.

TAUSCHPARTNER

Suche zwecks Länderwechsel für sofort einen Tauschpartner aus **Niedersachsen**, der sich **nach Bremen** versetzen lassen möchte. Bin selbst als **PK (A 9)** bei der Schutzpolizei tätig. Gerne auch Ringtausch. Weitere Details per Mail oder Telefon. Kontaktaufnahme bitte über: tauschpartner@gmx.net



AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Zukunft?! – Nur mit UNS!



Unter diesem Motto führt die JUNGE GRUPPE (GdP) Niedersachsen am 4./5. 4. 2013 ihre Landesjugendkonferenz im AVALON Hotel Freizeit Auefeld in Hann. Münden durch. Zur feierlichen Abendveranstaltung am 4. 4. 2013 ab 21.00 Uhr sind alle Mitglieder der JUNGEN GRUPPE (GdP) herzlich eingeladen.

Kevin Komolka,
Landesjugendvorsitzender

JHV der KG ZPD Technik

Wir laden Sie herzlich zur JHV 2013 der Kreisgruppe ZPD Technik am Donnerstag, den 14. 3. 2013, 16.00 Uhr, in die Möckernstr. 30, 30163 Hannover, in das Restaurant der Liegenschaft des Bundesgrenzschutzamtes ein.

Die JHV wird mit einem kalt/warmen Büfett in gemütlicher Runde beendet. Die An- bzw. Abmeldung sollte bis zum Freitag, den 7. 3. 2013 (möglichst per Brief, Fax oder E-Mail; ansonsten unter Tel.: 05 11-1 64 40 95), erfolgen.

Gerrit Rassow

**BG Osnabrück –
Tagesseniorenseminar**

Am Mittwoch, 13. 3. 2013, findet in Osnabrück in der Universität und im Parkhotel ein Tagesseniorenseminar statt. Folgende Themen werden dort behandelt:

Info des NLBV zu Versorgungsfragen.
Referat über Umgang mit Medikamenten im Alter. Referate des Landesessenziensprechers Rudolf Refinger und des stellv. Landesvorsitzenden Klaus Dierker.

Das Seminar ist auf 20 Teilnehmer begrenzt. Zusagen nach Eingang der Anmeldungen beim Bezirksessenzienvorsitzenden Wilhelm Müller unter Tel.: 0 59 08-2 40 95 99, Handy: 01 78-1 86 25 32.

Angesprochen sind Seniorinnen und Senioren aus dem Bereich Osnabrück und Emsland. Für die Bereiche Aurich, Leer, Norden und Wittmund wird im Herbst 2013 ein Seminar folgen.

B. Wulf

**JHV der KG Bereitschaftspolizei
Braunschweig**

Die JHV der KG Bereitschaftspolizei Braunschweig findet am 11. 4. 2013 um

16.00 Uhr im K3, Fr.-Voigtländer-Str. 41, 38104 Braunschweig statt. Zur JHV laden wir alle Kolleginnen und Kollegen der KG Bereitschaftspolizei herzlich ein. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. Anmeldungen bitte an Manfred Gehrke, Tel.: 05 31-4 76 49 11 oder an mich persönlich.

Bernd Pahl

**Seniorentreffen der
BG Hannover 2013**

Die Seniorengruppe trifft sich an jedem 2. Dienstag im Monat um 16.00 Uhr in der „Alten Schmiede“, auf dem Gelände der Reiter- und Hundestaffel, Hannover, Am Wolfenplatz 1.

Zu unserem ersten Treffen in diesem Jahr, am 8. 1., konnte unser Vorsitzender Horst Duba den Landesseniorenvorsitzenden Rudi Refinger in der „Alten Schmiede“ begrüßen.

Horst begrüßte uns mit guten Wünschen für das neue Jahr, gratulierte den Kollegen, die in den letzten vier Wochen Geburtstag hatten und überreichte ihnen eine kleine Flasche Sekt.

Mit einer Schweigeminute wurde an einen verstorbenen Kollegen gedacht.

Rudi referierte über die 2013 in Kraft getretenen Gesetze und Verordnungen.

Rudi Refinger gibt leider in diesem Jahr sein Amt als Landesvorsitzender auf, was von der Seniorengruppe sehr bedauert wird.

Reimar Welt

GdP – Skifreizeit der PA

Am 29. 12. 2012 war es wieder soweit – unter der Leitung von Frank Polter ging

es für 42 Studenten aus den Studienorten Hann. Münden und Nienburg, wie jedes Jahr, auf den Weg in die GdP-Skifreizeit nach Österreich in das gemütliche, rund 1500 Einwohner starke Nauders zum Skifahren und Snowboarden.

Schon während der achtstündigen Anreise mit dem Bus machte sich erste Urlaubsstimmung breit. Als wir dann gegen 8.00 Uhr morgens bei klarem, blauem Himmel und ersten Sonnenstrahlen ins verschneite Nauders einfuhren, erreichte das Urlaubsfieber auch die Letzten.

Noch am gleichen Tag stieg ein Großteil von uns, sportmotiviert wie wir alle sind, auf die teils ausgeliehenen, teils selbst mitgebrachten Bretter, um schon mal in den ersten Genuss der frischen Bergluft und der ausgezeichneten Pisten zu kommen.

Am Folgetag ging es dann zum Silvester Feiern in eine gemütliche Holzhütte namens „Die Alm“, die gleich schräg gegenüber von unserer Jugendherberge lag.

Insgesamt brachte uns die Woche eine Menge Spaß auf der Piste und gab uns noch mal einen ordentlichen Energieschub vor Beginn des zweiten Studienabschnittes.

Auf der Busreise wurden schon erste Pläne für die Skifreizeit 2013 geschmiedet, wir sind gern wieder dabei!

Linda Handke,
Hann.-Münden, 2. Studienjahr



Die Senioren der BG Hannover.

Foto: Rudi Refinger



2. Verhandlungsrunde ohne Angebot der Arbeitgeberseite! – Warnstreikaktion am 5. März

Die Arbeitgeber haben wiederum kein Angebot vorgelegt. Am 5. März 2013 werden wir zur Unterstützung unserer Forderungen für die letzte Verhandlungsrunde am 7. und 8. März mit einer zentralen Warnstreikaktion reagieren.

Eine Tarifforderung entsteht nicht aus dem Nichts. Sie wird in der Landestarifkommission auf der Grundlage von wirtschaftlichen Rahmendaten und nach Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen und deren Erwartungshaltungen entwickelt. Diese Forderung wird dann auf Bundesebene, in der Großen Tarifkommission der GdP, abgestimmt und fließt danach in die gemeinsame Forderung von GdP, ver.di und GEW ein. Die in der Tarifkommission Niedersachsen diskutierte Forderung von 6,5% in Verbindung mit einem Sockelbetrag, der als soziale Komponente für eine besondere Betrachtung der unteren Einkommensgruppen sorgen soll, stellt eine realistische Grundlage für die Tarifverhandlungen dar. Umso enttäuschender ist die Verhaltensweise der Arbeitgeberseite, die auch in der 2. Verhandlungsrunde dieser Forderung **kein** Angebot entgegenzusetzen hatte. In Luft aufgelöst hat sich die Hoffnung und auch die Chance, dass der neue Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite, Finanzminister Bullerjahn aus Sachsen-Anhalt, eine offene, faire und beschäftigtenfreundliche Gangart einlegen würde, um die Leistungen der im öffentlichen Dienst Beschäftigten zu honorieren. Von ausreichendem Einkommen der Arbeitnehmer und von leeren Kassen in den Ländern ist stattdessen die Rede – und keine Chance auf Einigung in Sicht! Jetzt kommt es jedoch darauf an, den Arbeitgebern deutlich zu machen, dass die Gewerkschaftsforderung realistisch und durchsetzbar ist. Und da liebe Kollegin, lieber Kollege, bist Du gefragt. Es ist nicht nur eine Plattitüde, wenn man sagt, eine Gewerkschaft ist nur so stark, wie die Mitglieder, die bereit sind, die eingebrachten Forderungen durch aktive Teilnahme an Demonstrationen, Warnstreiks und als letztes Mittel sogar mit Streiks zu unterstützen. In unserem Fall betrifft diese Aufforderung zur Unterstützung allerdings nicht nur die primär betroffenen Tarifbeschäftig-

ten, sondern auch die Polizeiverwaltungs- und Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten. Die Forderung nach inhalts- und zeitgleicher Übernahme des Tarifiergebnisses auf den Beamtenbereich ist nur auf der Grundlage eines guten Tarifabschlusses möglich und bildet die Basis für die sich anschließende Besoldungsrunde in den Ländern. Wir werden von unserem Arbeitgeber – nicht zuletzt durch die augenblickliche desolante wirtschaftliche Entwicklung – keine „Geschenke“ erwarten dürfen, das hat er durch seine Strategie der „Angebotsverweigerung“ schon deutlich gemacht. Wir werden uns auf eine harte letzte Tarifrunde einstellen müssen – und wir haben keine Unterstützung von Busfahrern oder Müllhandwerkern, die öffentlich wirksam Druck machen können. Diese Kolleginnen und Kollegen haben als Bundes- oder Kommunalbeschäftigte bereits im letzten Jahr über ihr Einkommen verhandelt und mit ihrem Tarifabschluss einen Meilenstein gesetzt. Wir werden uns aufstellen müssen und die Arbeitsbereiche, in denen wirksam Arbeitskampfmaßnahmen stattfinden können, benennen. Die

Streikbereitschaft der dort arbeitenden Beschäftigten ist dann die nächste Fragestellung, die beantwortet werden muss. Angesichts immer stärker steigender Preise ist das „Loch“ im Portemonnaie immer spürbarer und rechtfertigt eine hohe prozentuale Forderung. Allerdings ist schon eins zu prognostizieren, ein hoher Abschluss erfordert den Einsatz und das Engagement **aller**, die daran teilhaben wollen. Dazu werden wir in Niedersachsen spätestens am **5. März 2013** im Rahmen einer zentralen Warnstreikaktion Gelegenheit haben. Somit können wir mit einer großen Teilnehmerzahl ein eindrucksvolles Zeichen setzen und unsere Gewerkschaftsvertreter und -vertreterinnen kurz vor Beginn der dritten und letzten Verhandlungsrunde am 7. und 8. März 2013 massiv unterstützen. Diese Gelegenheit sollte kein Gewerkschaftsmitglied ungenutzt verstreichen lassen.

Elke Gündner-Ede

NACHRUF

**Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen –
trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:**

Butterbrodt, Ernst	23. 7. 1935	Krs.-Gr. Salzgitter
Dornieden, Ludger	8. 7. 1953	Krs.-Gr. Celle
Fitschen, Friedrich	5. 12. 1939	Krs.-Gr. Harburg
Freitag, Ursula	5. 4. 1939	Krs.-Gr. Hannover Stadt
Gottesleben, Heinz	31. 8. 1926	Krs.-Gr. Braunschweig
Gröling, Günter	15. 5. 1936	Krs.-Gr. Hameln-Pyrmont
Hallies, Helmut	12. 8. 1941	Krs.-Gr. Lüneburg
Janze, Wilfried	2. 6. 1946	Krs.-Gr. Bepo Braunschweig
Knapheide, Franz	21. 6. 1947	Krs.-Gr. Osnabrück
Korth, Sabine	13. 7. 1959	Krs.-Gr. Hameln-Pyrmont
Lachmund, Reinhard	12. 10. 1943	Krs.-Gr. Salzgitter
Mindt, Adolf	13. 4. 1936	Krs.-Gr. Gifhorn
Neckien, Werner	24. 1. 1927	Krs.-Gr. Helmstedt
Noeske, Manfred	11. 4. 1933	Krs.-Gr. Salzgitter
Sprenger, Annemarie	25. 3. 1916	Krs.-Gr. Stade
Voigt, Peter	4. 11. 1939	Krs.-Gr. Braunschweig
Wachtel, Hans-Joachim	19. 5. 1931	Krs.-Gr. Hameln Pyrmont

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

